



Atomkraft statt Gas? Die tiefgreifende Gaskrise mit Russland und der Ukraine hat die Diskussion um Atomstrom auch in Österreich neu entfacht. Der Industrielle Hannes Androsch verlangt ein „Ende der Heuchelei“.

Ein Ende der Tabus für Hainburg und Atomkraft

Der Industrielle und ehemalige SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch kritisiert fehlende Entscheidungen und Heuchelei in Energiefragen.

TT: Herr Dr. Androsch, was muss geschehen, damit Österreichs Energieversorgung sicherer wird als heute?

Androsch: In Österreich wird eine pharisäerhafte Energiepolitik betrieben. Die Wasserkraft wird nicht ausgebaut und wir haben kein Atomkraftwerk, aber wir importieren Atomstrom. Um ehrlich zu sein, seit der Volksabstimmung über Zwentendorf und seit Hainburg haben wir gar keine Energiepolitik mehr.

TT: Sie meinen, Österreich braucht Wasserkraftwerke und Atomkraftwerke.

Androsch: Natürlich. Es gibt in Österreich zwei große Tabus. Die heißen Hainburg und Atomkraft. Genau das ist die Crux unserer Energiepolitik. Wir erzeugen mit thermischen Kraftwerken Strom, können dadurch unsere Kyoto-Ziele nicht erreichen und schädigen die Umwelt, das Klima und unsere Nachkommen. Was da passiert, ist ein Verbrechen. Wir müssen uns von diesem Diktat befreien.

TT: Diktat?

Androsch: Schauen Sie, wer will schon ewig vom Russen-Gas abhängig sein. Das ist eine „politische Energiequelle“. Wir können uns nicht mehr von wenigen sagen lassen, was Sache ist. Die Schweizer machen das viel besser. Die haben fünf Atomkraftwerke und bauen drei neue AKW dazu.

TT: Und wer konkret soll das bei uns tun?

Androsch: Natürlich die politisch Verantwortlichen. Die wissen ja um die Zustände, aber sie sind ja alle zu feig. Hier wird politisches Mikado gespielt. Wer sich zuerst be-



Androsch spricht von einer „pharisäerhaften Energiepolitik“ und fordert AKW in Österreich.

Foto: APA/Schlaggr

wegt, hat verloren. Und es wird noch viel schlimmer werden, weil ich niemanden sehe, der sich dieses Spiel zu beenden traut. Da sehe ich viel zivilcourage-bezogene Inkontinenz.

TT: Über Atomkraft zu reden ist ja – wie Sie gesagt haben – ein Tabu in Österreich. Sollte die Bundesregierung eine Diskussion darüber initiieren?

Androsch: Aber geh, Handlungen sind gefragt. Ich brauche doch keine Diskussionsrunde über Atomkraft angesichts dieser Situation heute. Aber ich vermisste diese Handlungen. Das betrifft ja nicht nur die Energiepolitik. Gerade heute gilt Erich Kästners Satz „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.

Das Gespräch führte Gert Millmann

Fakten zu Zwentendorf und Hainburg



AKW Zwentendorf wurde nie in Betrieb genommen.

Foto: APA

Zwentendorf Bei der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf im Jahr 1978 stimmte eine knappe Mehrheit gegen dessen Inbetriebnahme. Mit dem Atomsperrgesetz beschloss das Parlament im selben Jahr das Verbot der Nutzung der Kernspaltung. 1999 wurde das Atomsperrgesetz in den Verfassungsrang erhoben (Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich).

Hainburg Die Donaukraft AG verfügte 1984 über eine Bewilligung für den Bau eines Fließkraftwerks bei Hainburg an der Donau. 1984 begannen die Rodungsarbeiten. Nach Zusammenstoßen von Kraftwerksgegnern mit der Polizei und nach großem medialen Druck verhängte Bundeskanzler Sinowatz einen Baustopp. Hainburg gilt als die Geburtsstunde der Grünen.



Räumungsversuche der Polizei in der Hainburger Au.

Foto: Contrast